

Interview
11. Juli 2022

Dirk-Oliver Heckmann im Gespräch mit Rolf Mützenich, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bundestag

Dirk-Oliver Heckmann: Die zweite Stufe des sogenannten Notfallplans Gas hat Wirtschaftsminister Robert Habeck bereits ausgerufen, doch das könnte erst der Anfang sein. Sollte Russland seine Gaslieferungen nach Deutschland nach Ende der Wartungsarbeiten nicht wieder voll aufnehmen, könnte sich der Minister gezwungen sehen, die dritte Stufe in Gang zu setzen, und das würde bedeuten, bestimmte Bereiche von Wirtschaft und Industrie werden zumindest zeitweise von der Gasversorgung abgetrennt. Schon jetzt fordert Habeck die Deutschen dazu auf, Gas zu sparen, kürzer zu duschen, nicht zu heiß zu duschen. Deutschlands größter Immobilienkonzern Vonovia hat bereits angekündigt, die Heizung nachts im Herbst niedriger zu stellen. Eine Wohnungsgenossenschaft in Sachsen hat angekündigt, die Warmwasserversorgung einzuschränken. – Wir können über die aktuelle Lage und die wachsenden Sorgen sprechen mit Rolf Mützenich, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Guten Morgen.

Rolf Mützenich: Guten Morgen, Herr Heckmann.

Heckmann: Herr Mützenich, Robert Habeck hat hier im Deutschlandfunk gestern gesagt, fünf Minuten warm duschen ist schon lang. Wolfgang Kubicki duscht drei Minuten kalt. Haben Sie heute schon warm geduscht?

Mützenich: Nun, ich glaube, es ist richtig, dass wir auch über die Frage der Einsparungen in Deutschland diskutieren. Individuell muss das jeder selbst wissen, ob er das zum Markte trägt. Entscheidend ist, dass es in den letzten Wochen gelungen ist, zumindest den Gasverbrauch um zehn Prozent im Vergleich zum letzten Jahr einzuschränken, und das ist durchaus auch der gesellschaftlichen Debatte, aber auch den Möglichkeiten, die einige Bundesbürgerinnen und Bundesbürger haben, geschuldet, aber auch das, was die Industrie an Einsparpotenzialen zurzeit sieht.

Heckmann: Robert Habeck – ich habe es gerade schon gesagt – hat hier im Deutschlandfunk gesprochen von einem möglichen Albtraum-Szenario, von einer Zerreißprobe. Sehen Sie die auch?

Mützenich: Ich sehe Verteilungskonflikte. Das ist gar keine Frage. Das sehen ja auch die Tarifvertragsparteien. Umso wichtiger ist, dass Bundeskanzler Olaf Scholz sie an einen Tisch geholt hat im Beginn der konzertierten Aktion. Aber viele Menschen machen sich Sorgen und bei meinen Kolleginnen und Kollegen in den Sprechstunden, die sie in den Wahlkreisen durchführen, ist dies das Thema Nummer eins.

Heckmann: Rechnen Sie denn jetzt damit, dass Moskau die Gaslieferungen nach der Wartung von Nord Stream 1 einstellt?

Mützenich: Das kann ich nicht übersehen und ich glaube, auch nur wenige bei uns können mit Verlässlichkeit sagen, was jetzt passiert. Vorwände haben wir versucht auszuräumen, indem es gelungen ist, die kanadische Regierung zu überzeugen, ein bestimmtes Modul für diese Energie-Pipeline jetzt freizugeben.

Heckmann: Das ist diese Turbine, die in Kanada repariert worden ist.

Mützenich: In der Tat, und sie wurde ja auch in der öffentlichen Diskussion von Seiten Moskaus genutzt, auch Druck auszuüben. Ich glaube, es ist gut, dass die kanadische Regierung jetzt in einer Einzelfallentscheidung so entschieden hat, und wir werden sehen. Entscheidend ist, dass es in den letzten Monaten gelungen ist, die Lieferungen zum Beispiel aus Norwegen und den Niederlanden deutlich zu erhöhen. Meines Wissens liegt der Anteil zurzeit von diesen beiden Ländern bei rund 60 Prozent. Wir müssen auch letztlich die Reserven auffüllen. Es ist eine große Herausforderung, die wir versuchen wollen zu stemmen.

Heckmann: Herr Mützenich, Deutschland hat sich ja komplett von Russland abhängig gemacht auf diesem Feld. Warnungen wurden in den Wind geschrieben, auch mit dem Argument, dass Russland immer zuverlässig war und zuverlässig bleiben wird bei der Energieversorgung. Putin würde Energie nicht als Waffe einsetzen. Auch die SPD hat immer so argumentiert, Herr Mützenich. War das ein schrecklicher Irrtum, der uns jetzt enorm auf die Füße fällt?

Mützenich: Vor dem Hintergrund der jetzigen Ereignisse und der Aggression Russlands muss man das natürlich so sehen. Es gab in den vergangenen Jahren oder Jahrzehnten dafür solche Anzeichen nicht. Und dass wir dies jetzt korrigieren, das tun auch andere Länder, andere Regierungen. Wir sehen aber auf der anderen Seite auch manchmal diese innenpolitische Diskussion, die wir in Deutschland hatten, auf Gas aus Russland sind wir nach dem Angriffskrieg Russlands nicht angewiesen. Die sind ja auch jetzt wieder verstummt. Deswegen will ich auch immer wieder davor warnen, innenpolitische Diskussionen so aufgeheizt zu führen, dass die Menschen noch größer verunsichert werden.

Heckmann: Aber es geht um die Frage, Herr Mützenich, warum wir in so eine Abhängigkeit überhaupt geraten konnten über all die Jahre, und Sie sagen gerade, es gab keine Anzeichen dafür. Aber Moskau hat nicht zum ersten Mal damit gedroht, den Gashahn abzdrehen, oder es sogar getan. In den Jahren davor gab es immer wieder Fälle, auch gegenüber der Ukraine beispielsweise. Auch Deutschland war betroffen.

Mützenich: Das ist richtig. Es gab aber auch unterschiedliche Interessen, auch in den Transitländern. Das müssen wir auch zur Kenntnis nehmen. Auch innerhalb der Europäischen Union gab es unterschiedliche Stimmen. Das hat ja nicht nur Deutschland betroffen. Aber was doch der Weg gewesen war – und das sehen wir -, wir müssen unabhängig von Lieferinteressen anderer Länder werden. Dafür haben wir jetzt die Gesetze geschärft, nachgebessert. Wir werden noch stärker auf regenerative Energie setzen und ich glaube, das ist der einzige Weg, den Deutschland verlässlich gehen kann, um weiterhin auch ein starkes Industrieland zu bleiben.

Heckmann: Ein schrecklicher Irrtum, haben Sie gerade gesagt, so muss man das rückblickend sehen. Ein historischer Irrtum auch von Ihnen persönlich?

Mützenich: Das glaube ich schon. Ich räume auch dies ein. Ich sage noch mal, vor dem Hintergrund der damaligen Entwicklung muss man sehen, nach der Ölkrise wollten wir unabhängig von Saudi-Arabien werden. Darauf hatten wir uns stark konzentriert. Jetzt verlassen wir uns wieder auf manche Länder, die mit Sicherheit keine menschenrechtlich weiße Weste haben. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, müssen wir unabhängiger werden innerhalb Europas, aber auch Deutschlands. Ich hoffe, dass das der zukünftige richtige Weg ist, aber das darf auch nicht unsere Situation verschütten. Wir müssen alles dafür tun, dass dieser Krieg in der Ukraine so schnell wie möglich zum Ende kommt. Also mehrere Aufgaben in dieser Frage.

Heckmann: Das ist aber im Moment nicht absehbar. – Der Mieterbund, um noch mal auf Deutschland zu blicken, fürchtet einen Ruin für Millionen Mieter. Was tut die Bundesregierung, um die Menschen zu schützen? Die Chefin des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Yasmin Fahimi, früher auch SPD, fordert einen Energiepreisdeckel, und auch die CSU schließt sich dieser Forderung an.

Mützenich: Ja, es gibt unterschiedliche Möglichkeiten, und die Bundesregierung hat zusammen mit der Koalition darauf reagiert, dass wir Entlastungspakete in Höhe von 30 Milliarden Euro auf den Weg gebracht haben. Heute wissen wir, dass davon insbesondere kleine und mittlere Haushalte profitieren. Ich habe die konzertierte Aktion angesprochen. Wir werden uns auch in den nächsten Wochen zusammensetzen und schauen, was wir weiter tun können. Wir haben aus der Corona-Zeit gute Erfahrungen gemacht, als Moratorien zum Beispiel für Mietrückstände beschlossen wurden. Das hat Mieterinnen und Mieter auch eine Sicherheit gegeben. Es gibt verschiedene Instrumente, die nebeneinandergelegt werden müssen und die auf ihre Plausibilität, die Möglichkeit und letztlich auch die Wirksamkeit geprüft werden müssen.

Heckmann: Sie haben gerade das Stichwort Moratorium genannt, Herr Mützenich. Die Verbraucherschutzministerin Steffi Lemke von den Grünen hat gestern in der „Bild am Sonntag“ ein Moratorium gefordert bei Strom- und Gassperren, nämlich für den Fall, dass die Bundesnetzagentur den Versorgern erlaubt, die gestiegenen Preise an die Verbraucherinnen und Verbraucher weiterzugeben. Das heißt, wer jetzt seine Rechnungen nicht zahlen kann, dem soll die Energieversorgung nicht abgeklemmt werden. Machen Sie sich als SPD-Fraktionsvorsitzender auch dafür stark?

Mützenich: Auch das ist eine Möglichkeit. Insbesondere wollen wir die Menschen schützen, Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch die, die knapp bemessen sind am Ende jeden Monats. Das gehört durchaus in der Erwägung mit dazu. Es muss zielgerichtet sein. Es muss genau die Menschen erreichen, die von dieser Situation noch massiver betroffen sind als andere. Aber es ist ein Teil des Instrumentenkastens und wir werden innerhalb der Koalition – und da gibt es unterschiedliche Wortmeldungen – uns am Ende dann auch auf möglicherweise ein drittes Paket verständigen.

Heckmann: Worauf setzen Sie vor allem?

Mützenich: Ich möchte insbesondere, dass wir genau die Bevölkerungsgruppen – das ist nicht immer so einfach; da mache ich mir auch nichts vor; das betrifft ja auch die Diskussion der Entlastung für Rentnerinnen und Rentner -, genau einen Mittelbauch dann auch zu treffen, wo wir die Situation abfedern können. Ich glaube, wir haben – und deswegen habe ich darauf hingewiesen – auch aus Corona-Zeit durchaus Erfahrungen jetzt dabei gewonnen, und in diese Richtung soll es gehen. Wir wissen ja auch: Es gibt Profiteure auch in dieser Situation, die müssen wir auch stärker noch in den Blick nehmen, auch möglicherweise stärker dann belasten. Während auf der anderen Seite einfache Menschen stärker entlastet werden.

Heckmann: Der größte Versorger mit Erdgas beantragt jetzt Staatshilfen. Milliarden-Zuschüsse oder einen Einstieg des Staates ist im Gespräch. Zahlt der Steuerzahler jetzt wieder die Zeche für politische Fehler?

Mützenich: Er darf nicht die Zeche für politische Fehler bezahlen. Wir haben ja auch gesehen, als wir in der Corona-Zeit Unternehmen unterstützt haben, hat das am Ende den Staat kein zusätzliches Geld gekostet und damit auch die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Wir werden genau schauen und zum Beispiel in diesem konkreten Fall müssen wir uns mit den Ländern, mit den Unternehmen absprechen, die die Mehrheitsanteile haben. Das betrifft zum Beispiel hier Finnland und das wird in anderen Bereichen genauso gelten.

Heckmann: Der Deutsche Städtetag, Herr Mützenich, fordert, dass der Bund die Stadtwerke unter den Schutzschirm für die Wirtschaft stellen solle. Da sind Bürgschaften und Kredite für betroffene Versorger und ein Insolvenzmoratorium im Gespräch. Wie kommt dieser Vorschlag bei Ihnen an?

Mützenich: Auf jeden Fall müssen wir darauf achten, dass genau diese Unternehmen, die ja für die Grundversorgung in den Kommunen zuständig sind, stärker in der Diskussion, wo wir Unterstützungsleistungen und im Grunde genommen auch die Grundversorgung absichern können, genommen werden. Deswegen habe ich dafür auch durchaus Sympathie. Am Ende müssen wir uns genau anschauen, was wirkt. Das wird auch nicht allein die große Fachlichkeit meiner Fraktion entscheiden, sondern auch die der anderen Fraktionen und dann natürlich auch der Kenntnisstand der Bundesregierung. Umso wichtiger, dass wir das in diesen Tagen beraten und dass wir auch innerhalb der konzertierten Aktion andere gesellschaftliche Akteure genauso nicht nur an einen Tisch holen, sondern versuchen, die Verantwortung gemeinsam zu stemmen.

Heckmann: Zur konzertierten Aktion hat Bundeskanzler Olaf Scholz vor ein paar Tagen eingeladen. Scholz hat gesagt, man frage sich, warum niemand daraus einen Schluss gezogen habe, dass gerade die Speicher, die in Deutschland russischen Unternehmen gehören, so leer geworden sind, so auffällig leer, und er schiebt damit ein bisschen die Verantwortung auf die Regierung Merkel. Aber man muss sagen, da saß Scholz als Vizekanzler und Finanzminister selbst mit am Kabinetttisch.

Mützenich: Ja, auf jeden Fall. Aber ich glaube, das weiß doch Olaf Scholz, wo er Verantwortung getragen hat und wo er auch gesessen hat. Es gab auch eine Zeit eines sozialdemokratischen Wirtschaftsministers, aber auch FDP-Wirtschaftsminister gab es, Unions-Wirtschaftsminister. Das ist eine Gesamtverantwortung und letztlich auch noch mal vor dem Hintergrund der jetzigen Ereignisse durchaus auch fahrlässige Entscheidung gewesen. Aber der Hype, der damals um die Privatisierung gemacht wurde, bis hin auch zu individuellen Entscheidungen von Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern, was zum Beispiel den Ankauf von durchaus Ramschpapieren betroffen hat, das ist ja am Staat auch nicht konsequent vorbeigegangen. Umso wichtiger ist, dass wir diesem Neoliberalismus auch entgegenstehen und dem Staat die Möglichkeiten heute geben, die er zu der Grundversorgung der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger hat, in der Vergangenheit, aber auch in der Zukunft. Wir brauchen große staatliche Anstrengungen und dafür aber auch Möglichkeiten, dass der Staat handelt.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.